Antrag

der Abg. Carola Wolle und Bernhard Eisenhut u. a. AfD

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration

Pflege: Unterstützung durch neue Technologie-Instrumente

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. wie viele Modellprojekte zur Digitalisierung und Implementierung von KI-basierten Assistenzsystemen in Pflegeeinrichtungen gefördert wurden und wie viele in den Regelbetrieb übergangen oder als Selektivvertrag fortgeführt werden;
2. wie viele dieser Projekte gescheitert sind und warum;
3. wie viele Pflegeeinrichtungen mit einem elektronischen sprachgesteuerten Pflegedokumentationssystem ausgestattet sind;
4. welche vom Land geförderten Modellpflegeeinrichtungen es in Baden-Württemberg gibt, die das sprachgesteuerte Dokumentationssystem testen;
5. wie viele Pflegeeinrichtungen in Baden-Württemberg über intelligente Pflegebetten verfügen (aufgeschlüsselt nach Landkreis, Anzahl der Pflegeeinrichtungen und Anzahl der Betten);
6. welche vom Land geförderten Modell-Pflegeeinrichtungen intelligente Pflegebetten testen und wie sich ggf. der aktuelle Entwicklungsstand des Projekts darstellt;
7. wie viele Pflegeeinrichtungen in Baden-Württemberg über einen Service-Roboter verfügen, der Unterstützung etwa beim Transport von Wäsche oder Essen leistet (aufgeschlüsselt nach Landkreis, Anzahl der Pflegeeinrichtungen und Anzahl der Service-Roboter);

8. welche finanziellen Möglichkeiten Pflegeeinrichtungen seitens des Landes haben, um die Kosten für die Implementierung KI-basierter Assistenzsysteme wie intelligente Pflegebetten oder sprachgesteuerte Dokumentationssysteme zu fördern und/oder bei der Abrechnung der Krankenkassen zu berücksichtigen;
9. ob eine strategische Überprüfung der Prozesse der intersektoralen und interdisziplinären Versorgungsabläufe seitens der Landesregierung mit dem Ziel stattfand, das Effizienzpotenzial der Digitalisierung optimal auszuschöpfen, und wenn ja, mit welchen Ergebnissen;
10. welche Förderprogramme das Land zur Anschubfinanzierung für eine schnellere und umfassendere Implementierung digitaler Instrumente und KI-basierter Assistenzsysteme in der Pflege gewährt;
11. wie viele Pflegeeinrichtungen mit Breitbandinternet versorgt sind und mit welcher Geschwindigkeit bzw. wie viele kein Breitbandinternet zur Verfügung haben und auf den Anschluss warten (aufgeschlüsselt nach Landkreis, Pflegeeinrichtung, Internetgeschwindigkeit);
12. wie hoch der prozentuale Anteil der Altenheimbewohner mit Zugang zum Internet ist (aufgeschlüsselt nach Landkreis und Prozentanteil der Altenheimbewohner);
13. wie der aktuelle Stand in punkto ePflegebericht in Baden-Württemberg ist.

7.7.2022

Wolle, Eisenhut, Göggl, Lindenschmid, Dr. Balzer AfD

Begründung

In Baden-Württemberg arbeiteten laut Statistischem Landesamt 103 198 Pfleger in stationären und 39 159 in ambulanten Diensten (Stand 2019). Sie versorgten 292 929 Menschen, Tendenz steigend. Die Pflege selbst ist eine Dienstleistung, die nur der Mensch leisten und die durch nichts ersetzt werden kann. Die Pfleger und die Altenheimbewohner können jedoch von neuen Technologien enorm profitieren, da die Arbeitsprozesse durch Digitalisierung (Dokumentation) und Implementierung KI-basierter Assistenzsysteme optimiert werden können. Somit bleibt dem Pfleger nicht nur mehr Zeit für den einzelnen Bewohner, sondern schont auch die eigene physische und psychische Gesundheit.

Auf der KI-Landkarte der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung initiierten Plattform „Lernende Systeme“ liegt Baden-Württemberg im innerdeutschen Vergleich der Länder mit 221 KI-Anwendungen auf dem zweiten Platz. Auch der Breitbandausbau ist jüngst in Bewegung geraten. Dennoch sind neue Technologien – im Vergleich zu anderen Branchen – in der Pflege nicht oder nur teilweise angekommen. Der Antrag dient der Abfrage zur aktuellen Situation der baden-württembergischen Pflegeeinrichtungen hinsichtlich ihres Zugangs zu neuen Technologien und ihres Anwendungsstatus.

Stellungnahme*)

Mit Schreiben vom 23. August 2022 Nr. 33-0141.5-017/2841 nimmt das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration im Einvernehmen mit dem Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

- 1. wie viele Modellprojekte zur Digitalisierung und Implementierung von KI-basierten Assistenzsystemen in Pflegeeinrichtungen gefördert wurden und wie viele in den Regelbetrieb übergangen oder als Selektivvertrag fortgeführt werden;*
- 2. wie viele dieser Projekte gescheitert sind und warum;*

Die Fragen 1 und 2 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Landesregierung von Baden-Württemberg fördert im Rahmen der Digitalisierungsstrategie derzeit 19 Modellprojekte zur Digitalisierung in der Langzeitpflege mit unterschiedlichen Förderprogrammen wie „Zukunftsland BW – Stärker aus der Krise“. Beispielsweise werden digitale Unterstützungs-Apps, innovative Schulungskonzepte oder telepflegerische Anwendungen getestet. In diesem Zusammenhang wird grundsätzlich auch der Bereich der „KI-basierten Assistenzsysteme“ mit einbezogen. Für den Begriff der „Künstlichen Intelligenz“ (KI) hat sich noch keine einheitliche wissenschaftliche Definition etabliert. Das Begriffsverständnis reicht hier von ggf. regelbasiertem „maschinellen Lernen“ bis hin zu künstlichen neuronalen Netzen. Ein Einsatz von Technologien im Zusammenhang mit KI könnte in der Langzeitpflege zum Einsatz kommen, z. B. bei der video-gestützten Ermittlung des Sturzrisikos von Pflegebedürftigen oder bei der Dienstplangestaltung von Pflegeorganisationen.

Im Rahmen des Forums Gesundheitsstandort Baden-Württemberg fördert das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration das Projekt „IDial – Interaktives Dialogsystem zur Verbesserung der Pflegedokumentation und Unterstützung bei Pflegeprozessen“ des Forschungszentrums Informatik (FZI). Das Projekt verfolgt das Ziel der Entwicklung eines technischen Assistenzsystems, welches den Dokumentationsprozess digitalisiert und professionell Pflegenden bei der Durchführung der Pflegemaßnahmen Unterstützung bietet. Auf Grundlage eines sprach- und Augmented Reality-basierten Dialogsystems soll eine interaktive und multimodale Konversation zwischen der Pflegekraft und einer künstlichen Intelligenz ermöglicht werden.

Das Thema KI in der Langzeitpflege ist ein junges Forschungsgebiet. Aus den bisherigen und laufenden Projekten liegen noch keine validen Daten vor, aus denen bereits heute Rückschlüsse auf ein Scheitern eines Projektes möglich sind.

- 3. wie viele Pflegeeinrichtungen mit einem elektronischen sprachgesteuerten Pflegedokumentationssystem ausgestattet sind;*
- 4. welche vom Land geförderten Modellpflegeeinrichtungen es in Baden-Württemberg gibt, die das sprachgesteuerte Dokumentationssystem testen;*

Die Fragen 3 und 4 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

*) Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

Sprachgestützte Pflegedokumentationssysteme haben das Potenzial, Pflegekräfte durch die Erleichterung bei der Dokumentation zu entlasten und in der Folge mehr Zeit für die Versorgung und Betreuung pflegebedürftiger Menschen zu ermöglichen. Darüber hinaus könnten durch den Einsatz Sprachbarrieren von ausländischen Pflegekräften vermindert werden.

Das Landeskompetenzzentrum Pflege & Digitalisierung Baden-Württemberg (PflegeDigital@BW) steht mit einzelnen Einrichtungen in Kontakt, die aktuell eine sprachgestützte Pflegedokumentation einführen. Bei der Caritas Stuttgart soll das Sprachdokumentationssystem „Voize“ implementiert werden (<https://www.voize.de/erfahrungsbericht/mehr-zeit-fur-die-pflege>). Eine Pflegeeinrichtung in Esslingen will in einem Pilotprojekt die Software des Anbieters „Amnaxis“ testen (<https://amnaxis.com/de/home-2/>). Diese Projekte werden durch andere Stellen gefördert. Eine Förderung weiterer Projekte durch das Land ist derzeit nicht zielführend, da eine ausreichende Erprobung stattfindet.

Bei digitaler Sprachdokumentation handelt es sich um eine neue Technologie, die bislang noch keine flächendeckende Umsetzung erreicht hat. Viele Pflegeeinrichtungen sind aktuell noch mitten in der Umstellungsphase von Papier auf digitale Dokumentation. Das Thema sprachgestützte Pflegedokumentation wird eher noch in Pilotprojekten erprobt und in der breiten Praxis wahrscheinlich erst in einem nächsten Schritt entsprechende Relevanz erlangen.

Zur Ausstattung von Pflegeeinrichtungen mit elektronischen sprachgesteuerten Dokumentationssystemen liegen dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration keine Informationen vor. Die Einrichtungen treffen Entscheidungen hinsichtlich ihrer sächlichen Ausstattung eigenständig und haben gegenüber dem Land bzw. den staatlichen Behörden insoweit keine Angaben zu machen.

5. *wie viele Pflegeeinrichtungen in Baden-Württemberg über intelligente Pflegebetten verfügen (aufgeschlüsselt nach Landkreis, Anzahl der Pflegeeinrichtungen und Anzahl der Betten);*
6. *welche vom Land geförderten Modell-Pflegeeinrichtungen intelligente Pflegebetten testen und wie sich ggf. der aktuelle Entwicklungsstand des Projekts darstellt;*

Die Fragen 5 und 6 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Für den Begriff „Intelligentes Pflegebett“ hat sich noch keine einheitliche wissenschaftliche Definition etabliert. Im Bereich der Pflegebetten zeigt sich eine fortwährende technische Weiterentwicklung. Neben den etablierten Funktionen einer Höhenverstellbarkeit des Bettes gibt es mittlerweile eine Reihe an Anbietern, die auch digitale Funktionen in Pflegebetten implementieren. So erlaubt die Ausstattung intelligenter Pflegebetten z. B. eine Gewichtsermittlung, die automatische Erstellung von Lagerungsprotokollen, Feuchtigkeitserkennung im Zusammenhang mit der Inkontinenzversorgung sowie die Erkennung von Stürzen aus dem Bett. Vor diesem Hintergrund haben intelligente Pflegebetten das Potenzial, die Sicherheit von Pflegebedürftigen zu erhöhen sowie Pflegende zu entlasten. Der Marktpreis solcher intelligenter Pflegebetten liegt jedoch deutlich über dem Preis konventioneller Pflegebetten. Intelligente Pflegebetten haben noch keine flächendeckende Verbreitung erreicht. Vor diesem Hintergrund ist noch nicht ausreichend erprobt, welche der digitalen Funktionen der Pflegebetten den größten Nutzen bringen und wie dieser im Zusammenhang mit den anfallenden Kosten zu bewerten ist. Über die Verfügbarkeit von intelligenten Pflegebetten in den Pflegeeinrichtungen und Landkreisen liegen dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration sowie den weiteren angefragten Organisationen keine Kenntnisse vor. Die Einrichtungen treffen Entscheidungen hinsichtlich ihrer sächlichen Ausstattung eigenständig und haben gegenüber dem Land bzw. den staatlichen Behörden insoweit keine Angaben zu machen.

7. wie viele Pflegeeinrichtungen in Baden-Württemberg über einen Service-Roboter verfügen, der Unterstützung etwa beim Transport von Wäsche oder Essen leistet (aufgeschlüsselt nach Landkreis, Anzahl der Pflegeeinrichtungen und Anzahl der Service-Roboter);

Service-Roboter haben das große Potenzial, Pflegekräfte insbesondere bei hauswirtschaftlichen Tätigkeiten zu unterstützen und zu entlasten und so mehr Zeit für die Versorgung und Betreuung von Pflegebedürftigen zu gewinnen. Im Zusammenhang mit der Einführung von Robotik in der Pflege stellen sich jedoch komplexe ethische und rechtliche Fragen, bspw. haftungsrechtliche Fragen bei Unfällen und Stürzen, die derzeit noch nicht abschließend geklärt sind. Weiterhin gibt es Hinweise auf grundsätzliche Vorbehalte von Pflegekräften und pflegebedürftigen Menschen im Hinblick auf die Akzeptanz des Einsatzes von Robotik in der Pflege. Ebenso bestehen in Einrichtungen der Langzeitpflege häufig heterogene infrastrukturelle Rahmenbedingungen (z. B. nicht ausreichend breite Türen, Schwellen etc.), die nicht für einen Einsatz von Service-Robotern gestaltet sind. In diesem Zusammenhang würden bei einem beabsichtigten Einsatz neben den Anschaffungskosten selbst ggf. noch Umbaumaßnahmen notwendig werden. Vor diesem Hintergrund und einer noch nicht abschließenden Bewertung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses ist aktuell von einer noch geringen Verbreitung in der Praxis auszugehen.

Über die Verfügbarkeit von Service-Robotern in den Pflegeeinrichtungen und Landkreisen liegen dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration sowie den weiteren angefragten Organisationen keine Kenntnisse vor. Die Einrichtungen treffen Entscheidungen hinsichtlich ihrer sächlichen Ausstattung eigenständig und haben gegenüber dem Land bzw. den staatlichen Behörden insoweit keine Angaben zu machen.

8. welche finanziellen Möglichkeiten Pflegeeinrichtungen seitens des Landes haben, um die Kosten für die Implementierung KI-basierter Assistenzsysteme wie intelligente Pflegebetten oder sprachgesteuerte Dokumentationssysteme zu fördern und/oder bei der Abrechnung der Krankenkassen zu berücksichtigen;

Das Land fördert im Rahmen der Digitalisierungsstrategie im Bereich der Langzeitpflege die Projektklinien „digital@bw II“ und „Zukunftsland BW“ mit 19 Projekten mit insgesamt 4,5 Mio. Euro. In Betracht kommen Projekte aus den Bereichen „Empowerment“, „Neue Pflege“, „Pflege stärken“ und „Intelligente Beratung“. Das Land stellt über seine Förderprogramme im Rahmen der Digitalisierungsstrategie hinaus keine weitere Finanzierung zur Implementierung KI-basierter Assistenzsysteme wie intelligente Pflegebetten oder sprachgesteuerte Dokumentationssysteme in der Langzeitpflege zur Verfügung. Zu Vereinbarungen zwischen einzelnen Pflegeeinrichtungen und Leistungsträgern liegen keine Informationen vor. Die Förderung der Digitalisierung in der Langzeitpflege ist darüber hinaus ebenso Aufgabe des Bundes. Nach § 8 Abs. 8 SGB XI wird bis 2023 jeder ambulanten und stationären Pflegeeinrichtung ein einmaliger Zuschuss aus den Mitteln des Ausgleichsfonds der Pflegeversicherung bereitgestellt, um digitale Anwendungen zur Entlastung der Pflegekräfte zu fördern.

9. ob eine strategische Überprüfung der Prozesse der intersektoralen und interdisziplinären Versorgungsabläufe seitens der Landesregierung mit dem Ziel stattfand, das Effizienzpotenzial der Digitalisierung optimal auszuschöpfen, und wenn ja, mit welchen Ergebnissen;

Die Landesregierung hat sich im Jahr 2017 mit der Digitalisierungsstrategie auf den Weg gemacht, die großen Chancen und Potenziale der Digitalisierung auch für den Gesundheits- und Pflegebereich zu nutzen. Gemeinsam mit allen betroffenen Akteuren des Gesundheitswesens einschließlich der Patientenvertretungen hat das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration die „Strategie zur Verbesserung der medizinischen und pflegerischen Versorgung in Baden-Württemberg durch Nutzung digitaler Technologien“ (kurz: Digitalisierung in Medizin und Pflege) entwickelt. In diese Strategie ist die Langzeitpflege eingebettet.

Für die Langzeitpflege wurde im Jahr 2020 PflegeDigital@BW etabliert mit der Zielsetzung, konkrete Handlungsfelder für die Digitalisierung in der Langzeitpflege zu definieren, um das Effizienzpotenzial der Digitalisierung in der Langzeitpflege optimal auszuschöpfen. Diese Handlungsfelder sind Grundlage für die Arbeit von PflegeDigital@BW sowie der Auswahl der Projekte zur Digitalisierung.

Die Handlungsfelder stellen sich wie folgt dar:

1. Empowerment – digitale Unterstützung von Teilhabe und Selbstständigkeit von Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf. Aus technischen Neuerungen sollen echte, praxisorientierte Innovationen erwachsen, die auch für sozialen Fortschritt sorgen können: bessere Teilhabe, mehr Selbstbestimmung und eine Pflege auf Augenhöhe.
2. Neue Pflege – digitale Unterstützung von Aktivitäten im Pflegeprozess. Prozesse werden digitalisiert, Sensoren messen und geben wichtige Hinweise für eine bessere Prävention, praktische Apps informieren und erinnern, Service-Roboter und Exoskelette entlasten bei schweren und ungesunden Tätigkeiten.
3. Pflege stärken – digitale Unterstützung von Organisation und Management in der Pflege. Durch sinnvolle digitale Unterstützung können schon heute Pflegekräfte effektiv entlastet werden.
4. Intelligente Beratung – digitale Unterstützung von pflege- und betreuungsbezogenen Informations- und Beratungsleistungen. Praktische Leitfäden und Tutorials, praxisnahe Workshops vor Ort (Transfermobil) und einfache Beratung über Videotelefonie sind Angebote, die den Leistungserbringenden zur Verfügung gestellt werden. Auch die bereits im Land vorhandenen Beratungsstrukturen (Pflegestützpunkte) sollen unterstützt werden.

Aus den Handlungsfeldern ergeben sich vier Geschäftsfelder für PflegeDigital@BW, die den Rahmen der Handlungsfelder ausschöpfen und exakt die Potenziale der Digitalisierung in den Versorgungsabläufen der Langzeitpflege abbilden.

10. welche Förderprogramme das Land zur Anschubfinanzierung für eine schnellere und umfassendere Implementierung digitaler Instrumente und KI-basierter Assistenzsysteme in der Pflege gewährt;

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration übernimmt keine Anschubfinanzierung. Nach § 8 Abs. 8 SGB XI wird bis 2023 jeder ambulanten und stationären Pflegeeinrichtung ein einmaliger Zuschuss aus den Mitteln des Ausgleichsfonds der Pflegeversicherung bereitgestellt, um digitale Anwendungen zur Entlastung der Pflegekräfte zu fördern.

11. wie viele Pflegeeinrichtungen mit Breitbandinternet versorgt sind und mit welcher Geschwindigkeit bzw. wie viele kein Breitbandinternet zur Verfügung haben und auf den Anschluss warten (aufgeschlüsselt nach Landkreis, Pflegeeinrichtung, Internetgeschwindigkeit);

Dem Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen liegen keine Erkenntnisse über die Versorgung von Pflegeeinrichtungen mit Breitbandinternet bzw. den prozentualen Anteil der Pflegeheimbewohnerinnen und Pflegeheimbewohner mit Zugang zum Internet vor. Eine Übersicht über die Breitbandversorgung von öffentlichen Institutionen ist im Breitbandatlas des Bundes lediglich für Krankenhausstandorte enthalten. Danach verfügen 86 Prozent der Krankenhäuser in Baden-Württemberg über einen Anschluss mit mindestens 50 Mbit/s sowie etwa 32 Prozent der Krankenhäuser über einen Anschluss mit mindestens 1 000 Mbit/s (Stand Mitte 2021).

Der Landesregierung ist die flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet allerdings ein besonders großes Anliegen. Das Ziel ist es, flächendeckende, glasfaserbasierte Gigabit-Netze für ganz Baden-Württemberg bis 2025 auf den Weg zu bringen. Seit 2016 wurden die Investitionen in den Glasfasernetzausbau daher seitens des Landes enorm erhöht. Insgesamt hat das Land in den rund sechs Jahren

von Mitte 2016 bis heute 3 167 Ausbauprojekte mit einer Förderung von mehr als 1,69 Milliarden Euro bezuschusst. Darüber hinaus fließen 1,62 Milliarden Euro vom Bund nach Baden-Württemberg. Insgesamt wurde der Breitbandausbau seit Beginn der letzten Legislaturperiode dadurch mit der absoluten Rekordsumme von rund 3,31 Milliarden Euro gefördert. Mit den bewilligten Ausbauprojekten können mehr als 260 000 neue Glasfaseranschlüsse realisiert werden.

Die Breitbandversorgung in Baden-Württemberg entwickelt sich durch den privatwirtschaftlichen und den mit enormen Landes- und Bundesmitteln geförderten Netzausbau mit großen Schritten. Mitte 2021 verfügten fast 95 Prozent der Haushalte über einen Internetanschluss mit einer Downloadgeschwindigkeit von mindestens 50 Mbit/s. Das bedeutet einen Anstieg von über 22 Prozentpunkten im Vergleich zu Mitte 2016. Damals hatten nur knapp 73 Prozent der Haushalte 50 Mbit/s Download. Aber vor allem im Gigabit-Bereich verzeichnet Baden-Württemberg ein rasantes Wachstum, das unvermindert anhält. Mitte 2016 hatten 1,4 Prozent der Haushalte einen Gigabit-Anschluss, Mitte 2021 waren es bereits knapp 60 Prozent.

12. wie hoch der prozentuale Anteil der Altenheimbewohner mit Zugang zum Internet ist (aufgeschlüsselt nach Landkreis und Prozentanteil der Altenheimbewohner);

Die WLAN-Verfügbarkeit in Einrichtungen der Langzeitpflege ist aktuell noch mit Herausforderungen verbunden. WLAN-Zugänge sind zu unterscheiden, ob diese einrichtungsbezogen für die Arbeitsunterstützung der Mitarbeitenden eingesetzt werden, oder ob sie für die pflegebedürftigen Menschen und deren An- und Zugehörige Verwendung finden sollen. Auf- und Ausbauarbeiten sind immer mit beiden Perspektiven voranzubringen.

13. wie der aktuelle Stand in punkto ePflegebericht in Baden-Württemberg ist.

Der standardisierte ePflegebericht wurde von einer Forschungsgruppe der Hochschule Osnabrück entwickelt. Der Pflegebericht dient in Verlegungs- oder Entlassungsszenarien als Dokument zur Informationsweiterleitung über Institutionsgrenzen hinweg. Laut der Homepage der Hochschule Osnabrück befinden sich Implementierungsleitfäden für HL7 CDA (internationaler Standard für den Austausch von Daten) im Abstimmungsprozess und für HL7 FHIR (internationaler Standard für den Austausch von Daten) im Aufbau. Laut dem deutschen Pflegerat e. V. soll eine Nutzung des ePflegeberichts in der Telematikinfrastruktur möglich sein. Dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration sowie den weiteren angefragten Organisationen liegen keine Kenntnisse über den aktuellen Stand des ePflegeberichts in Baden-Württemberg vor.

Lucha

Minister für Soziales,
Gesundheit und Integration